

## **Resolution zur Solidarität und Unterstützung der Küstenfischerei**

Die EU-Kommission hat kürzlich ihren Aktionsplan für eine nachhaltige und widerstandsfähige Fischerei vorgestellt. In allen Schutzgebieten auf dem Meer sollen aktiv bewegte, grundberührende Fanggeräte verboten werden. Dazu gehört auch die traditionelle Krabben- und Küstenfischerei in den Nationalparks der Nordsee. Die Verbote sollen bis zum Jahr 2030 vollzogen und umgesetzt werden. Viele Familienbetriebe in der Krabben- und Muschelfischerei würde diese Regelung zur Aufgabe der teils seit Generationen betriebenen Fischerei zwingen.

Der Kreistag des Landkreises Aurich bringt mit dieser Resolution seine Solidarität für alle Küstenfischer der Region und an der gesamten deutschen Küste zum Ausdruck. Eine Umsetzung dieser Pläne würde aus Sicht des Kreistages einem Berufsverbot für Krabben- und Muschelfischer gleichkommen.

Die Krabben- und Muschelfischerei im Wattenmeer wurde vom Marine Stewardship Council (MSC) mit dem Nachhaltigkeitssiegel zertifiziert. Der MSC betrachtet dabei den Einzelfall und bewertet die Fischerei individuell. Der MSC kam zu dem Schluss, dass im stark von den Gezeiten beeinflussten Wattenmeer, in dem natürliche Bodenumwälzungen und die Umbettung gewaltiger Sandmengen stattfinden, die Auswirkungen der Grundschieppnetzfisherei eher gering und von temporärer Natur sind.

Die Küstenfischerei ist im Landkreis Aurich sowie auf der gesamten ostfriesischen Halbinsel Kulturgut und Tradition. Sie ist ein Teil der Identität unserer Küstenregion. Darin definiert sie sich auch ein gekonntes Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur. Das geplante Verbot steht nicht im Verhältnis zu den erhofften Veränderungen.

Zeitgleich überwiegen aus unserer Sicht resultierende negative Begleiterscheinungen. Auf das geplante Verbot der Fischerei an der deutschen Küste würden zwangsweise Importe aus dem nichteuropäischen Ausland folgen. Dieses käme durch dann notwendige lange Transportwege und den oftmals schwer nachvollziehbaren Lieferketten ökologisch sogar einer Verschlechterung der momentanen Situation gleich.

Unsere Kritik beinhaltet zeitgleich die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region, die weit über die Fischerei hinausgehen. Neben der Fischereibranche, wird auch die in unserem Landkreis stark vertretene Tourismus- und Gastronomiebranche durch das Verbot direkt negativ betroffen sein. Leere Sielhäfen, durch das Verschwinden der aktiven Kutterflotte, wirken sich unmittelbar auf die Repräsentanz und touristische Vermarktbarkeit unserer Küstenregion aus.

### **Resolution Kreistag Aurich**

Wir rufen die Europäische Union, den Bund und das Land Niedersachsen zum sofortigen Stopp des geplanten pauschalen Verbotes der grundberührenden Fischerei (Grundschleppnetze) auf. Gleichzeitig bekunden wir unsere volle Solidarität mit den betroffenen Fischern und bieten im Rahmen unserer Möglichkeiten jede notwendige Hilfe an. Zusätzlich unterstützen wir die politischen Gespräche auf allen Ebenen, die sich um den Stopp des geplanten Verbotes bemühen.

Miteinander wollen wir uns für den Erhalt des regionalen Kulturgutes sowie für die Menschen, die unmittelbar und mittelbar vom Fischfang an der deutschen Küste leben, einsetzen.

Wir betonen, dass diese Resolution den Standpunkt aller Fraktionen und Mitglieder des Kreistages des Landkreises Aurich widerspiegelt und in geschlossener Übereinstimmung veröffentlicht wurde.